

Antrag Nr. 08-F-24-0001  
CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + FDP

---

**Betreff:**

Wiesbaden als Optionskommune erfolgreich weiter voranbringen!  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 05.03.2008 -

**Antragstext:**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für einen langfristigen Status der Landeshauptstadt Wiesbaden als Optionskommune aus. Die Leistungen des SGB II können durch diese Organisationsform aus einer Hand gewährt werden, die Betreuung der Menschen kann qualifiziert, individuell und passgenau erfolgen und eine dezentrale regionale Arbeitsmarktpolitik wird dadurch ermöglicht.
- Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, sich auf Landes- und Bundesebene in den Gremien Städte- und Landkreistag und über die Wiesbadener Landtags- und Bundestagsabgeordneten dafür einzusetzen, dass das Optionsmodell als zukunftsfähiges Modell der Vermittlung von Arbeitssuchenden erhalten bleibt und die bisherigen gesetzlichen Befristungen aufgehoben werden.
- Die Stadtverordnetenversammlung sieht unter dem Aspekt der derzeitigen Befristung des Gesetzes bis zum Jahr 2010 keinen Anlass für übereilte Entscheidungen durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Wiesbaden, 05.03.2008

Bernhard Lorenz  
CDU-Fraktion

Axel Imholz  
SPD-Fraktion

Bettina Schreiber  
Fraktion Bündnis90  
Die GRÜNEN

Michael Schlempp  
FDP-Fraktion

F.d.R.:  
Dr. Sven-Uwe  
Schmitz  
Geschäftsführer

Marc Paffenholz  
Geschäftsführer

Volker Meisinger-  
Persch  
Geschäftsführer

Jeanette-Christine Wilk  
Geschäftsführerin